

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:

Durch den Boten frei ins Haus monatlich 80 Pfg. oder durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühlhölzchen Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 .: Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Beizeile oder deren Raum 20 Pfg. im Restament 75 Pfennig.

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und Finanz-Anzeigen 25 Pfennig.

Nr. 11

Dienstag, 14 Januar 1919

22 Jahrgang.

Arbeiter!

Laßt Euch nicht betrügen!

Mögen sie schwindeln, daß sich die Balken biegen.

Schaut auf Berlin! Da kennt Ihr sehn,

Wie rote Träume in Erfüllung gehn.

Denn seid vernünftig und wählt nicht rot,

Denn das ist Eures Glückes Tod!

Wer sagt die Wahrheit?

Die Sozialdemokratie verbreitet ein Flugblatt über die Trennung von Staat und Kirche und will gleichzeitig beweisen, daß sie keine Feindin der Religion, daß Religion Privatangelegenheit sei. Das Flugblatt ist hergestellt in der Druckerei der „Rheinischen Zeitung“. Man sollte glauben, die Sozialdemokratie wäre jetzt endlich einmal mit ehrlichen Waffen in den Wahlkampf gezogen, aber hierfür scheint ihr der Sinn gänzlich abhanden gekommen zu sein.

Wer sagt die Wahrheit, das Flugblatt oder die Führer der Sozialdemokratie?

Hören wir die Führer, die nach dem Flugblatt „Lügner“ sind.

1. Bebel: „Wir (die Sozialdemokratie) erstrecken auf dem Gebiete, welches man das religiöse nennt, den Atheismus“ (im Reichstage am 31. Dezember 1881). „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“. Ist Bebel ein Lügner?

2. Liebknecht (Senator): „Das Christentum ist ein Wespenstich der Vergangenheit, der Sozialismus die Fortdauer der Gegenwart“. „Die Religion der Massen ist die Sozialdemokratie“. Hat Liebknecht damit die Unwahrheit gesagt? Nein, er sagte die Wahrheit. Ist Liebknecht ein Lügner?

3. Dr. Erdmann: „Wir (Sozialdemokraten) haben gar keinen Anlaß, ein Hehl daraus zu machen, daß die Sozialdemokratie der Kirche — ob katholisch oder evangelisch — feindlich gegenübersteht.“ (Sozialistische Monatshefte 1905). Ist Dr. Erdmann ein Lügner?

4. Kauchly: „Die Annahme, eines persönlichen Gottes und einer persönlichen Unsterblichkeit ist unvereinbar mit dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis im allgemeinen, von der der wissenschaftliche Sozialismus ein Teil ist.“ Also der Glaube an Gott ist mit der Sozialdemokratie unvereinbar. Ist Kauchly ein Lügner?

5. Legien: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind.“ (in Köln 1905). Ist Legien ein Lügner?

Wir erinnern die „Rheinische Zeitung“ an ihren Weihnachtsartikel 1913, der an Gehässigkeit gegen die katholische Religion ihres gleichen sucht.

Ja, jeder gute, zielbewußte Genosse hat allen Grund, sich dagegen zu wehren, daß für Wahlzwecke die wahren

Ziele der Sozialdemokratie so verhäßt werden. Offen und ehrlich soll der Kampf sein! „Mit der vielfach getriebenen Zweideutigkeit, die Religion als Privatangelegenheit zu bezeichnen, und dabei die Prinzipien niedriger und abernster Pfaffenfresserei und Kulturpaukerei zu treiben, muß entschieden aufgeräumt werden. So sagte mit Recht Genosse v. Bollmar auf dem Parteitag zu Frankfurt 1894.“

Wir haben absichtlich nur Genossen zu Worte kommen lassen, die ihre Ansicht von der Sozialdemokratie darlegten. Glauben die Genossen nun noch immer, daß ihre großen Führer bewußt die Unwahrheit gesagt haben? Zur Ehre dieser Männer wollen wir es offen vor aller Welt bekennen: Sie haben die Wahrheit gesagt, die Sozialdemokratie ist nach ihrem Wesen und nach ihrer Wissenschaft eine Feindin des Christentums.

Anwendung: Keine Stimme für die Sozialdemokratie!

Das Ergebnis der deutschen Revolution

Tagtäglich erklingt sowohl in sozialdemokratischen Versammlungen wie auch in der gesamten roten Presse das Loblied der Revolution. Mit tönenden Redensarten sucht man den Sinn des Volkes zu betören, seinen Blick zu trüben über all die ungeheuren Ereignisse unserer Zeit seit dem Tage der Revolution. Doppelt lehrreich ist dagegen eine Betrachtung, das Bestreben der Sozialdemokratie anzustellen, die sich heute mehr als je zuvor als Retter und Befreier des Volkes aufspielt. Beantworten wir daher folgende Fragen:

Was brachte uns die Revolution?

1. Ein wehrloses Deutschland. Auslieferung an die Feinde auf Gnade und Ungnade.

2. Ein auf ungemeiner Gewalt beruhende, sozialdemokratische Regierung ohne Berechtigung und Befähigung, eine gefesselte Willkürherrschaft.

3. Eine Ausschaltung aller anders Denkenden, namentlich der christlichen Volksteile, statt wahrer Demokratie schroffe Diktatur.

4. Die Gefahr des Verlustes der Kulturgüter der früheren christlichen Staatseinrichtungen; den Kulturkampf um den christlichen Glauben in schärfster Form.

5. Ein Darniederliegen aller Erwerbsstände, Handel, Industrie und Landwirtschaft infolge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten jetzt und in der Zukunft, eine katastrophale Zuspitzung unserer Ernährungsschwierigkeiten.

6. Eine Verdoppelung des Beamtenheeres und damit der Staatsausgaben. Eine unheimliche Vergeudung von Staatsvermögen.

7. Eine das Allgemeinwohl bedrohende Begehrlichkeit weiter Kreise des Volkes nach fremdem Eigentum und damit eine Erhöhung der Unsicherheit für Gut und Leben.

8. Statt Frieden den Bruderkampf.

9. Die Gefahr des Staatsbankrotts.

10. Die Gefahr der Annullierung des Waffenstillstandes und weiteres Vorrücken der gegnerischen Besatzung. Was brachte uns die Revolution nicht?

1. Keine Abschaffung der Militärdiktatur — sie war schon beseitigt.

2. Keinen Achtstundentag; denn er war schon vor der Revolution mit den Industriellen vereinbart.

3. Keine wahre, rechtliche Volksregierung.

4. Keine Ersparnisse, wohl aber zunehmende Millionenausgaben.

5. Keine Gleichheit; denn die korrupte Günstlingswirtschaft bereichert nur wenige Umstürzler.

6. Keine Freiheit, weder dem Einzelnen, noch der Gesellschaft noch der Presse, sondern vielfach brutale Vergewaltigung.

7. Keine Brüderlichkeit; denn die Gewalttäter zerreißen jede Verbindung mit dem Volk.

8. Keine Rettung aus Kriegsnot, sondern die Gefahr unseres vollendeten Versinkens im Elend.

9. Keine Ordnung, Sicherheit, nicht Frieden, Brot und Arbeit, sondern allgemeine Unordnung, Unsicherheit, die Gefahr der Hungersnot und des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

10. Nicht völliges Glück und Rettung, sondern Unglück und Schmach.

Das sind in Wahrheit die Ergebnisse der deutschen Revolution! Wähler! Männer und Frauen! Helft mit, diesen Geist zu bannen und unser Volk aus tiefstem Elend zu erretten.

Nieder mit der revoltierenden Sozialdemokratie!

Hoffmanns Verfügung betr. Aufhebung der geistlichen Ortschulinspektion ist ungültig.

Auf den Protest des preussischen Episkopates gegen die Aufhebung der geistlichen Ortschulinspektion ist folgendes Antwortschreiben bei dem Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, eingegangen:

Die preussische Regierung.

Berlin, 9. Januar 1919,

Euer Eminenz erwidern wir auf das namens der Bischöfe Preußens an uns gerichtete gefällige Schreiben vom 2. d. Mts., ergebend, daß die von dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassene Verfügung vom 27. November d. Js., betreffend die Beseitigung der geistlichen Ortschulinspektion nicht zu Recht besteht, da sie von dem Kultusminister Hoffmann publiziert ist, bevor sie der preussischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war.

Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird der preussischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden gesetzlichen Körperschaft vorzubehalten sein.

gez. Sirch, I

Ungleiches Naturen.

Roman von H. Corony.

41

Was aber trotz des raffinierten Bemühens bei Direktoren, Kunststücken und sehr einflussreichen Persönlichkeiten durchaus nicht erreicht wurde, boten ihm jetzt diese Frauen dar, die hatten die goldene Brille, über welche er in den Tempeln des Glücks und des Ruhmes schreiten sollte. Und doch — die Gemina war ein untergehender Stern, der freilich noch immer eine Fülle blendenden Lichtes ergießen konnte, aber dann verfließen mußte. Wie so ganz anders hätte es kommen können, wenn Juliane frei gewesen wäre. Welche eine Interpretenin fernere Werte! Welche ein Vorwärtstreben! Hand in Hand mit ihr. Und nun mußte sie für immer auf dieser Schwelle festgebunden und der Öffentlichkeit entzogen sein.

Sereno gehörte zu jenen glühenden und dennoch egoistischen Naturen, die sich nie zufrieden fühlten, die immer gleicher verlangen, je mehr ihnen geboten wird. Er hatte das ungewöhnliche Talent der jungen Gräfin erkannt, ein Talent, groß und selten genug, um seine kühnsten Pläne zu fördern, um den Gestalten, die er schuf, unsterbliches Leben einzuhängen.

Und nun war diese Perle in Händen, die gar nichts damit anzufangen wußten, die sie achlos beiseite warfen, ja, die sich sogar demühten, das Feuer echter Kunstbegeisterung zu dämpfen und zu unterdrücken, denn daß sie Raden nur wegen ihrer Lieblingsneigung folgen ließ, war dem scharfsichtenden Italiener längst klar geworden, und ebenso, daß sie in die Kleinigkeiten, eng abgegrenzten Verhältnisse gar nicht paßte.

Die dell' Ara band sich niemals an die Stunde. Wein und Erfrischungen wurden herangereicht, das lebhaftes Gespräch, welches sich fast nur um Kunstinteressen drehte, forderte die ganze, hauptsächlich aus Künstlern bestehende Gesellschaft zu lebhafter Beteiligung heraus. Keinen Moment geriet die Konversation ins Stocken.

Sereno sah net an Juliane und legte ihr den Plan zu einer neuen Oper vor, deren Text er sich selbst entwerfen sollte. Wie hinreichend Feuer schilderte der Südländer jene

Szenen, auf welche sein Hauptaugenmerk gerichtet war. Die Gräfin hörte keineswegs schweigend mit jener passiven Höflichkeit zu, die alles gut heißt. Sie tadelte dies, lobte jenes, verwarf das eine und wünschte das andere noch besonders hervorgehoben und verschärft zu sehen.

Wie ein Vogel, der die Schwingen ausbreitet und in den Netzen hineinschwebt, fühlte Juliane sich in ihrem Elemente. Dieser Eifer, diese Lebhaftigkeit, ließen sie wahrhaft schön erscheinen.

„Sie zeigten mir heute das Werk, welches vorläufig mir in meiner Phantasie lebt, in ganz neuer Beleuchtung. Ich danke dafür, Frau Gräfin. Jetzt ist mir der beste Weg gewiesen.“

Damit zog Sereno ihre Hand an die Lippen, als man sich trennte.

Die Schwiegereltern hatten ihren ganzen Einfluß auf Sereno zurückgewonnen und zuweilen schien es fast, als vermeide dieser absichtlich ein Alleinsein mit Juliane. Die Freunde, namentlich Guido von Tornau, nahmen ihn wieder vollständig in Anspruch! Vielleicht hätte ihn die junge Frau zurückhalten, an sein Fein fesseln können, aber gegen solche Bemühungen bäumte sich ihr Stolz auf und das war es nicht allein, nein, jene ungeliebte Schlafheit, jener Akt von Fatalismus, der alles gehen läßt, wie es eben geht, machte sich geltend. Die Energie, der bestimmte, kampfbereite Wille fehlte.

Juliane lauschte immer noch auf Radens Tritt, würde dem geliebten Mann gern beide Arme entgegen gestreckt haben, fühlte sich aber zu schwach und milde, um ihn festzuhalten. Was kommen muß, das kommt ja doch. Unfähig, sich darüber aufzuheben, war sie auch zu ängstlich, um die Gefahr sehen zu wollen und beruhigte sich immer selbst mit Trostgründen die ihr dennoch unhaltbar erschienen.

Hörst war ein anderer geworden, das ließ sich nicht leugnen, aber wenn Juliane sich dem Ernst der Situation nicht verschließen konnte, schrie immer in ihrer jaghaften Seele etwas auf: „Nur nicht denken, nur nicht forschen und nachspüren!“

Dann machte sie mit Hast Toilette und fuhr zur Mutter. Aber auch Justine gönnte ihr keine Ruhe. Sie fragte und bestand auf Antwort.

„Was soll ich Dir denn sagen?“ stieß Juliane hervor.

„Hörst hat in mir nicht gefunden, was er erwartete.“

„Er nicht in Dir, oder Du nicht in ihm?“

„Wenn Du mich doch nicht mit solchen Fragen quälst!“

„Gewiß liegt die Schuld an mir. Ich kann eben nicht werden, wie er wünscht, daß ich werde.“

„Und hast Du denn nicht das gleiche Recht zu fordern, daß er Deine Anschauungsweise adoptiert? Soll das Weib die willenslose Skavin des Mannes sein? Nein, sage ich, und hundert Mal nein! Wer ein Opfer bringt, darf verlangen, daß es ihm mit gleicher Opferwilligkeit vergolten wird. In der Hinsicht ist mir Dein großdenkender und feinsinniger Vater nichts schuldig geblieben. Sonst, das schwöre ich Dir, ständen wir heute nicht mehr nebeneinander, denn ich kenne nichts erbärmlicheres, als jene Menschen, die immer verlangen und selbst keiner ganzen und vollen Hingabe fähig sind.“

„Ja, Du, Mama, Du kannst wohl so reden.“

„Warum ich mehr, als Du?“

„Weil Du eine Berühmtheit bist, auf welche die ganze zivilisierte Welt staunend blickt!“

„Ich bin's und Du hättest es werden können. Ergreif Dich denn niemals die Reue?“

„Niemand es geschehen ist, so mahne mich wenigstens nicht daran.“

„Gewiß würde ich es unterlassen, sähe ich Dich jetzt glücklich. Aber Deine selbstgewählte Zukunft hielt Dir nicht Wort!“

„Und wenn es wirklich so wäre, warum mich daran erinnern?“

„Weil Du noch zu jung bist, um schon mit den Freuden und Hoffnungen abzuschließen. Weil ich nicht dulde, daß Du Dich mit einer mir ganz unbegreiflichen Gleichgültigkeit beiseite schieben und unterdrücken läßt.“

„Ach, Mama, was soll ich denn tun? Mir fehlt Deine Charakterstärke.“

„Mit Johanna von Tornau wagst Du nicht in die Schanze zu treten? Ich habe sie ja kennen gelernt. Wo sind die Eigenschaften, die sich mit den Deinigen messen dürften?“

„Mögliherweise ist es gerade der Mangel dieser viel gepriesenen Eigenschaften, der Sereno feißelt.“

233.20

Was machte mit russischen Millionen die Revolution, die uns nur Unheil brachte?

Antwort: Die Sozialdemokratie.

Zur Lage.

Die Lage in Berlin. — Der Sieg der Ordnung.

Berlin, 13. Januar. Die letzten Berichte und Einbrüche bestätigen, daß der Sieg der Ordnung vollständig ist. Die Spartakusnesten sind ausgeräumt, die Kämpfer gegen Ordnung und Freiheit verhaftet, die Führer Liebknecht und Eickhorn sind heute nacht aus der Böhmbrauerei, die ebenfalls in eine wahre Festung verwandelt worden war, geflohen. Danach hat sich auch die Spartakusbefehlshaber aus dieser letzten Hochburg entfernt. Rosa Luxemburg soll nach Hamburg entkommen sein. Die Regierung ist im Begriff, die noch in Berlin umherstreifenden verdächtigen Elemente durch ihre Patrouillen festzunehmen und unbefugtes Waffentragen zu unterdrücken. Noch treiben Spartakusbanden in den Außenbezirken plündernd ihr Unwesen, dem nunmehr ein Ende gemacht wird. Erst nach und nach wird bekannt, in welchem Umfang die Spartakusleute geplündert haben. Ihre Untaten haben die Stimmung der Truppen, der freiwilligen Helfer, die sich ebenfalls an den Kämpfen hervorragend beteiligt haben, und des Publikums zu einem unglaublichen Grade erhöht. Einen Sieg der Ordnung stellen auch die gewaltigen Massenkundgebungen dar, die heute von der Mehrheitssozialdemokratie im Anschluß an zwanzig Versammlungen veranstaltet wurden. Im Anschluß an die Versammlungen fanden gewaltige Anzüge statt. Auch die Demokratische Partei hatte 15 Versammlungen einberufen, in denen sich die Redner gegen die Blutherrschaft der Spartakusleute aussprachen. In allen Versammlungen herrschte die größte Begeisterung. So schließt denn diese dunkle und traurige Woche mit einem Sieg der Ordnung. Es hängt nunmehr von der Energie der Regierung ab, daß dieser Sieg auch ein dauernder bleibt.

Von Spartakiden erschossen.

Berlin, 13. Januar. Es bestätigt sich, daß gestern zehn regierungstreue Matrosen in der Wilhelm- und Besselstraße ohne jeden Grund von Spartakiden erschossen worden sind. — Bei einer verhafteten Russin sind 16 500 Mark vorgefunden worden.

Eisenbahnstreik in Sicht?

Berlin, 13. Januar. In den von den Spartakisten geräumten Gebäuden wurden zahlreiche Schriftstücke gefunden, aus denen mit unzweifelhafter Klarheit hervorgeht, daß die Berliner Spartakusbefehle von Moskau aus geleitet wurden.

Unter den Eisenbahnern Berlins macht sich in immer größerem Maße eine Streiklust geltend, die offenbar von den Spartakusführern genährt wird. Man befürchtet den Ausbruch des Streiks, da die Wählervereine zur Herbeiführung des Generalstreiks in der Stille weitergehen. Eine gewisse Minderheit wünscht, den gesamten Eisenbahnverkehr lahmzulegen, um durch Hungerrevolten neue Anhänger zu gewinnen. Die Arbeiter der Eisenbahnbetriebswerkstätten hatten mit der Eisenbahndirektion eine Verhandlung, die ergebnislos verlaufen ist.

Die Anruhen nehmen wieder zu.

Berlin, 13. Januar. Abends gegen 6 Uhr machte sich im Zentrum der Reichshauptstadt wieder Lärm bemerkbar. Nördlich und südlich der Leipziger Straße fielen Gewehr- und Maschinengewehrschüsse. Eine scharfe Kontrolle sperrt die Wilhelmstraße ab. Der Verkehr unter den Linden ist vollkommen gesperrt. Vom Brandenburger Tor aus gesehen liegen die vollständig finsternen Linden so öde da, wie man sie nie früher gesehen. Vor dem Brandenburger Tor steht eine starke Wache, die keinen Wagen und keinen Fußgänger die Linden betreten läßt. Eine merkwürdige Anordnung, die großes Aufsehen erregt, ist für die Straßenbahnen getroffen worden. Die vom Brandenburger Tor um den Reichstag herum und durch die Dorotheenstraße fahrenden Straßenbahnen werden gezwungen, die Beleuchtung der Wagen einzustellen. Sie fahren vollkommen finster weiter. Die Gegenwagen kommen auch verfinstert an.

Beginn der Friedenskonferenz.

Internationalisierung der Rheinschifffahrt.

Paris, 12. Januar. „Echo de Paris“ meldet: Die Friedenskonferenz wird offiziell am 20. Januar mit ihren Arbeiten beginnen. Nach vorheriger Annahme des Grundgesetzes des Völkerbundes in Anwesenheit Fochs und der Bevollmächtigten der fünf Großmächte, denen wahrscheinlich noch derjenige von Belgien beitreten wird, wird sie sich der Erörterung von Friedensbedingungen von Deutschland zuwenden und die Denkschrift prüfen, welche von Deutschland das Saarbecken beansprucht und die Internationalisierung der Rheinschifffahrt mit besonderen Vorrechten für die Anwohner des Flusses vorsieht.

Die Vorbesprechungen der Alliierten.

London, 13. Januar. Der Premierminister Lloyd George und Bonar Law werden am Sonntag zu den Präliminärbesprechungen mit den führenden Staatsministern der Verbündeten nach Paris abreisen.

London, 13. Januar. Der Reutersche Korrespondent in Paris meldet: Wilson wird eine Gesamtsitzung sämtlicher amerikanischer Friedensdelegierter abhalten. Der amerikanische Entwurf für den Völkerbund liegt vollständig bereit da. Die erste Sitzung der internationalen Lebensmittellkommission wird morgen stattfinden.

Die französischen Friedensdelegierten.

Paris, 13. Januar. Der Ministerrat billigte die Ernennung von Clemenceau, Bichon, Klotz, Tardieu und Jules Cambon, dem früheren Botschafter in Berlin zu französischen Bevollmächtigten bei der Friedenskonferenz. Dubost, der Botschafter in Bern, wird als Chef des Sekretariates der französischen Abordnung fungieren. Foch wird natürlich als Generalissimus der Verbündeten Armeen an der Konferenz teilnehmen.

Die Deutschböhmen fordern Selbstbestimmung.

Wien, 13. Januar. Von 79 Gemeinden Deutschböhmens wurde einstimmig beschlossen, eine Kundgebung an den Präsidenten Wilson und die Verbandsregierungen zu senden, in der es heißt:

Die Deutschböhmen fühlen sich als einen Teil des deutschen Volkes. Gerade die Deutschböhmen haben mit großem Opfermut seit Jahrzehnten ihr Volkstum verteidigt. Das deutsche Volk in Böhmen fordert unbedingt seine Selbstbestimmung. Es stützt sich hierbei auf das Wort des Präsidenten Wilson vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das deutsche Volk in Böhmen erwartet von ihm und von der Friedenskonferenz die Gerechtigkeit. Es kann keines rechtlich denkenden Menschen Wille sein, die Deutschen Böhmens von ihrem Volke zu reißen und sie einem fremden Volke zu unterwerfen. Die Völker der heute siegreichen Staaten haben immer erklärt, für die Befreiung der unterdrückten kleinen Völker zu streiten und für das Recht zu kämpfen. Dieses Recht kann auch den Deutschen in Böhmen nicht vorenthalten werden. Im Namen der Gerechtigkeit, der Kultur und der Menschlichkeit rufen wir die Welt zum Richter an. In tiefer Not und Bedrängnis ertönt aus dieser einsinnigen Kundgebung die feste und unerschütterliche Forderung nach Gerechtigkeit, die Wilson als erster den Völkern der Erde ohne Unterschied versprochen hat. So verschieden die lokalen Interessen der unterzeichneten Gemeinden auch sein mögen, in dem Bestreben nach Wahrung deutscher Art und nach dem Zusammenschluß aller Deutschen scheinen sie alle eins zu sein. Wilson, der gesagt hat, der Friede müsse ein solcher sein, daß er die Ursache neuer Kriege aus der Welt schafft, wird sicher nicht achtlos über diesen erschütternden Ruf der Deutschböhmen, der gleichzeitig ein Warnungsruf, hinweglesen.

Sieg der Bürgerlichen in Württemberg.

Stuttgart, 13. Januar. Das Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen ist folgendes: Sozialdemokratie 52 Sitze, Deutschdemokratische Partei 38 Sitze, Zentrum 31 Sitze und Rechtsblock (würtembergische Bürgerpartei, Bauern und Weingärtner sowie kleine Landwirte) 25 Sitze, Unabhängige vier Sitze.

Das bisherige Ergebnis zur bayerischen Nationalversammlung.

München, 13. Januar. Das im Laufe der Nacht festgestellte bisherige Ergebnis der Wahlen zur bayerischen Nationalversammlung ergibt für die sozialdemokratische Partei 50 Prozent, für die bayerische Volkspartei (Zentrum und Konservative) 32 Prozent, für die Deutsche demokratische Partei 12–14 Prozent. Die übrigen Prozente verteilen sich auf die Unabhängigen und Mittelparthei.

Mittelstand!

Wer denkt an dich?

Sicher nicht die Ketten!

Denn die wunden Ketten dich schon

Zerschneiden zu den Toten.

Darum alle hin zur Wahl.

Darunter ihr und Frauen!

Stimm sie nieder, und ihr könnt

Auf die Zukunft bauen.

Notales und Umgebung.

Brühl, 14. Januar. In einer großartigen Kundgebung trennen Bekennern des gewaltigen, tiefwurzelnden Ideals gestaltete sich die am Sonntag Nachmittag im Saale der Hubertusburg abgehaltene Zentrumsversammlung. Wenn man bedenkt, daß die Partei erst seit 14 Tagen öffentlich in die Wahlbewegung getreten ist, so darf man dem neugewählten rührigen Vorstande mit seinen weiblichen und männlichen Vertrauenspersonen für ihre praktische und zielbewußte Arbeit die Anerkennung nicht versagen. Von Versammlung zu Versammlung steigt die Teilnehmerzahl und die Begeisterung in den Reihen der Zentrumsmitglieder für die gerechte Sache. In dieser Versammlung geradezu lebhaft zum Ausdruck. Über 700 Wählerinnen und Wähler hatten sich zusammengefunden. Alle Stände und Bekenntnisse in Stadt und Land waren vertreten und Zeuge dieser wirkungsvollen Kundgebung, die sich in der Hauptsache gegen die „völkerverblendende“ Sozialdemokratie richtete. Nachdem der Vorsitzende Herr Generaldirektor Dr. Flecken die Versammlung herzlich begrüßt und seiner Freude über den so überaus zahlreichen Besuch Ausdruck verliehen hatte, erteilte er dem Redner Herrn Dr. Müller-Köln das Wort. Die berechneten Ausführungen, die verschiedentlich geradezu stürmischen Beifall fanden und somit aus den Herzen der Zuhörer gesprochen waren, lassen wir hier auszugsweise folgen:

Heute stehen wir traurig vor einem wüsten Trümmerhaufen, der aus unserm einst so stolzen Deutschen Reiche geworden ist. Aber das ist nicht die einzige Frucht der Revolution. Tief beklagen wir den Verlust der Stahlkammer Lothringen. Und bei der Ohnmacht der jetzigen Regierung droht uns auch der Verlust Posen. Groß ist die Unsicherheit im Wirtschaftsleben, da es den gegen-

wärtigen Gewalthabern bislang nicht gelang, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Ebenfalls sind sie imstande, auch nur ein Lot mehr an Lebensmitteln zu schaffen, als dies die alte Regierung tun konnte. Dazu kommt die unsinnige Wirtschaft der NS-Räte. Gewiß, der Krieg hat Milliarden gekostet, doch jetzt heißt es sparen, die Groschen zusammenhalten. Soweit ging diese Mißwirtschaft, daß die Sozialdemokratie selbst für Abhilfe eintreten mußte. Sie hat uns die Revolution einen neuen Kulturkampf gebracht, der mit besonderer Schärfe von Adolf Hoffmann geführt wurde, von Hoffmann, den die Sozialdemokratie auf den Sessel des Kultusministers setzte, von Hoffmann, der, wie die „Rheinische Zeitung“ selbst sagte, sich wie ein gewisses vierfüßiges Tier im Porzellanladen bewegte.

Was das Wirtschaftsleben angeht, so kommt der Bankrott nicht erst mehr, nein, wir stehen bereits mitten drin. Wie ist durch die innere Zerrüttung und ihre Begleitumstände unser Geld entwertet worden! Weiter stehen wir vor der Unmöglichkeit, Frieden zu schließen, da unsere Regierung keine Gewähr für Ordnung bietet. Dabei wissen wir alle, welche Erklärungen die Entente dieserhalb abgegeben hat. Wir verdanken dies alles der Sozialdemokratie aller Schattierungen. Seit Jahr und Tag hat die Sozialdemokratie schamlose Kritik an allem geübt und planmäßig die Instinkte der Massen aufgepeitscht. Die revolutionären Gedanken wurden überall verbreitet. Man wollte schon im Januar 1918 los schlagen. Man hat zu revolutionären Zwecken Gelder von Rußland angenommen. Die Herren Cohen und Genossen sind, trotzdem man dies von ihnen wußte, mit dem Willen der Sozialdemokratie in der Regierung sitzen geblieben. Daß Unabhängige und Mehrheitssozialisten einig waren, beweist die Bildung der Regierung, in die 3 Mehrheitssozialisten und 3 Unabhängige eintraten. Nach dem Programm der Regierung sollte die gesetzgebende Nationalversammlung erst nach Konsolidierung der augenblicklichen Zustände zusammentreten.

Um von diesen Dingen abzulenken, wirft die Sozialdemokratie die Schuldfrage in die Agitation. Die Schuld gibt man dem Zentrum, das den Krieg verlängert habe. Sicher muß die Schuldfrage gelöst werden. Aber Welttragödien von diesem Umfange werden nicht von einzelnen Männern gemacht. Sie entspringen wirtschaftlichen Gründen. Macht- und Geldhunger tragen die Schuld, auch bei uns. Solche Kriege werden auch nicht von einzelnen Zeitungen gemacht. Ist das Zentrum schuldig, so trifft die gleiche Schuld auch die Sozialdemokratie. Das sagt uns deutlich die sozialdemokratische Korrespondenz vom Oktober 1918. Und auch die „Rheinische Zeitung“ schreibt Oktober 1918, daß alle Volkskräfte aufs äußerste angespannt werden mußten, um zu verhindern, daß der Feind ins Land komme. Und wenn sie heute anders schreibt, so hat sie eben die Farbe gewechselt. Die Schuldfrage kann erst dann gelöst werden, wenn alle Geheimnisse aller Völker offengelegt sind.

Wir stehen vor dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Die schwersten und schicksalvollsten Fragen treten nunmehr an jeden von uns heran. Da möchte ich gleich auf zwei Einwurfe eingehen, die gemacht werden könnten. Alle bürgerlichen Parteien müßten nämlich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu einer einzigen zusammengeschlossen werden. Bestehend ist dieser Einwurf auf den ersten Augenblick, doch ist dies bei den großen wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätzen des Bürgertums nicht möglich. Wohl aber müssen die bürgerlichen Parteien vereint stehen gegen die Sozialdemokratie, auch wenn sie getrennt marschieren. Der zweite Einwurf behauptet, das Zentrum sei eine konfessionelle Partei. Wir sind eine christliche Volkspartei und wollen, daß der christliche Gedanke auch unser ganzes öffentliches Leben durchdringe. Wir sind aber auch eine demokratische Volkspartei. Das Volk soll bestimmen, wer regiert und wie regiert wird. Man wirft uns vor, wir seien verkappte Monarchisten. Ist die Nationalversammlung für eine Republik, so stellt sich das Zentrum mit beiden Füßen auf ihren Boden. Zum Aufbau sind Ruhe und Ordnung und Frieden nötig. Der läßt sich nicht herstellen mit Waffengewalt. Dazu ist der Autoritätsgedanke nötig, der in allen Kreisen des Volkes wieder feste Wurzeln schlagen muß. In Berlin aber ist die Autorität geschwunden. Letzten Endes muß die Staatsautorität wieder auf die Autorität Gottes zurückgehen. Die Regierung muß ferner getragen sein durch die Liebe und das Vertrauen des gesamten Volkes. Verfügte die Revolution: „Alles für die Revolution, durch die Revolution“, so erklären wir: „Alles für, alles durch das Volk!“

Es gilt jetzt, alle Kräfte des Volkes sammeln. Ueber die Staatsverfassung entscheidet nur die Nationalversammlung. Die Geschichte unseres Volkes ist reich an staatsbildenden Gedanken. Ich brauche da nur hinweisen auf die Reformen eines Stein und Hardenberg, nur zu erinnern an die Errichtung unseres Deutschen Reiches durch Otto von Bismarck. An sie müssen wir wieder anknüpfen. Wir halten fest an einem einzigen, starken Bann. Wir wollen aber nicht die große Einheitsrepublik mit ihrer öden Gleichmacherei. Wir wollen ein freies Rheinland und Westfalen im freien Deutschen Reiche unter Wahrung unserer völkischen und kulturellen Eigenart. Unsere Väter aus dem Westen waren ja die Befreier des großdeutschen Gedankens. Denken wir doch nur zurück an die Versammlungen in der Frankfurter Paulskirche. Das durch dynamische Ideen groß gewordene Preußen ist vergangen. In der Vergangenheit sind wir vom Osten aus regiert worden. Man schickte uns Beamte, die ohne Verständnis für unsere Eigenart waren und blieben. Dabei waren wir in unserm wohlhabenden Rheinlande stets die Gebenden im preußischen Staat. In Zukunft wollen wir von Männern aus unserm Stamme regiert werden. Denn Deutschland ist nicht gleich Religionshaß. Wir sind genau so gut deutsch, vielleicht noch bessere Deutsche, wie die in Berlin. (Lofender Beifall!) Wir verlangen unsere gerechte Selbstbestimmung, soweit dies im Interesse unseres gesamten deutschen Vaterlandes möglich ist.

Wir verlangen Arbeit und Brot! Die Männer,

die da in Berlin die Flinten gegen die Regierung erhoben haben, sollten lieber arbeiten und Hade und Schanfel in die Hand nehmen. Wir sind arm geworden. Und da müssen wir arbeiten. Die Rohstoffquellen und unsere Absatzgebiete sind uns durch Krieg und Revolution verloren gegangen. Wir müssen nun wieder von vorn anfangen. Jetzt drohen uns durch die unseligen Streiks der völlige Stillstand des Verkehrs, die Unterbindung der Ernährung. Dabei sind die Streiks politischer Natur! Mühte doch sogar die sozialistische Regierung am 3. Januar 1919 sich gegen die tolen Lohnforderungen zu wenden. Hand in Hand geht damit eine immer größere Entwertung des Geldes.

Ich komme nun auf die Sozialisierungspläne zu sprechen, die einen gewaltigen Druck auf unser Wirtschaftsleben ausüben. Das Zentrum will Erhalt des Privateigentums, liegt doch gerade darin eine gewaltige Triebkraft zu wirtschaftlicher Aufschwung. Es kann sich dabei auch berufen auf das Sittengesetz des Christentums, auf das 7. und 9. Gebot unter den Zehn Geboten. Selbstverständlich legt der Besitz dem Besitzer soziale Pflichten auf. Auch ist der Staat aus sozialen Gründen berechtigt, in das Privateigentum einzugreifen. Und wenn vollends die Alliierten in dem Staatseigentum ein Pfand für ihre Forderungen erblicken, so haben wir doch wahrhaftig keinen Grund, das Staatseigentum durch die Sozialisierung noch zu vergrößern. Für die Arbeiterschaft aber hat das Zentrum immer gefordert. Hat es doch gerade die große Arbeiterschutzeschöpfung gegen den Willen der Sozialdemokratie durchgeführt. Die Verstaatlichung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll weiter ausgebaut werden.

Was die Agrarfrage anlangt, so ist eine gewisse Rückentwicklung zum Agrarstaat nötig. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß unsere Landwirtschaft fast ganz imstande ist, die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen. Denn wir führen die Rohstoffe für unsere Industrie aus dem Auslande ein und bezahlen mit aus diesen fertiggestellten Fabrikaten, so daß wir nur wenig landwirtschaftliche Produkte einführen können. Vor dem Kriege strömten viele Kräfte vom Lande in die Industriegebiete. Diese müssen auf dem Lande festgehalten werden.

Auch für die Beamten, deren Treue es zu verdanken ist, daß bei Beginn der Revolution nicht schon in den ersten Tagen der Zusammenbruch da war, müssen wir sorgen. Wie früher muß der Beamte auf Lebenszeit angestellt werden, um ihm seine Existenz und seine Berufsfreiheit zu sichern. Ebenso muß für den Mittelstand, der im Kriege so furchtbar gelitten hat, in großzügiger Weise gesorgt werden. Wir dürfen die soziale Gesetzgebung nicht zum Versiegen kommen lassen.

Auch in unseren Kreisen gab es im Kriege scharfe, wirtschaftl. Gegensätze, weil manche von uns die idealen Gesichtspunkte aus ihren Augen verloren hatten. Wir lehnen aber den sozialistischen Materialismus ab. Wir müssen fordern, daß wieder alles von christlichem Geiste durchtränkt wird. Aus diesen Gesichtspunkten heraus regeln wir auch unsere Stellung zur Trennung von Kirche und Staat. Wir wollen, daß Kirche und Staat gemeinsam arbeiten. Wenn aber eine Regierung die Trennung erzwingt, dann verlangen wir für die Kirche ihr Recht und ihre Freiheit. Wir verlangen dann, daß man ihr das Vermögen wiedergibt, das man ihr genommen hat. Freilich soll sie sich in einem freien Staate entfalten können. Doch die Sozialdemokratie wird immer Gegnerin der Kirche sein. Des öfteren hat sie erklärt, daß sie der katholischen und der protestantischen Kirche feindlich gegenüberstehe. Genau so steht es mit der Schulfrage. Die Sozialdemokratie weiß sehr wohl, daß ihr die Zukunft gehört, wenn es ihr gelingt, aus der Schule die religiöse Erziehung zu entfernen.

In den kommenden Tagen heißt es: Alle Mann an Bord! Damit wird auch die Mitarbeit der Frau, der Hüterin des Herdfeuers in der Familie, gefordert. Dieses Herdfeuer soll nun gewissermaßen durch die Tür des Hauses hinausleuchten in die tobende Brandung des öffentlichen Lebens. Die Frau soll jetzt neben der religiösen Unterweisung ihrer Kinder mit in die Hand nehmen ihre politische Erziehung. Unsere Jugend muß staatsbürgerlich denken lernen. Ein jeder gehört jetzt in unsere Organisationen hinein. Vor allem müssen wir uns auch die Pflege unserer Presse angelegen sein lassen. Sie gehört in die Hand unserer Jugend. Es geht um die Zukunft unseres Vaterlandes, unserer Kinder, all derer, die nach uns kommen. Laßt uns unsere Pflicht tun und voll Vertrauen in die Zukunft schauen! Denn der alte Gott lebt noch, und unveränderlich bleiben die ewigen Wahrheiten!

Die Ausführungen des Redners bezüglich der selbstständigen, freiwilligen Gestaltung von Rheinland und Westfalen bei der Gründung der deutschen Republik, hatten bei den Zuhörern besonders geadelt. Eine desbezügliche Entschiedenheit, die bemerkenswerter Weise aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangen war, fand begeisterte Zustimmung. Am Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende Herr Dr. Zelden dann noch einige praktische Winke für die Ausführung des Wahlgeschäfts und schloß hierauf die Versammlung, auf welche die Zentrumspartei mit Stolz zurückblicken kann.

Wer richtet Maschinengewehre auf deutsche Volksgenossen?

Antwort: Die Sozialdemokratie.

Am 19. Januar ist Zahltag!

Brühl, 14. Januar. Der britische Militär-Gouverneur hat verboten, daß von den Angehörigen der britischen Besatzungstruppen, die im Weinsteuergesetz vom 26. 7. 18 vorgeschriebene Weinsteuer erhoben wird.

Brühl, 14. Januar. Die Ausgabe von neuen Fleischkarten erfolgt gegen Vorlage der Hausstands-karten Mittwoch, 15. und Donnerstag, 16. Januar, nachmittags von 2-5.30 Uhr im Rathause, Zimmer 4. Näheres in heutiger Bekanntmachung.

Brühl, 14. Januar. Gefunden wurden zwei Schlüssel, welche auf dem Polizeiamt Brühl-Stadt vom Verlierer abgeholt werden können.

Brühl, 14. Januar. Größere Änderungen im Postverkehr treten morgen, Mittwoch, den 15. d. M., in Kraft. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Bestimmungen auszugswise. Alle Briefe, Postkarten und sonstigen Postsendungen unterliegen von nun an der Zensur seitens der britischen Militärbehörde und dürfen nicht verschlossen aufgegeben werden. Weder durch Eilboten, noch eingeschrieben oder mit Wertangabe können keinerlei Postsendungen befördert werden. Behörden, Bankgeschäfte oder größere Firmen, welche größere Beträge in bar oder Papiergeld durch die Post verschicken oder empfangen wollen, müssen sich einen Erlaubnischein besorgen. Der Briefwechsel mit Orten, die außerhalb der von den britischen Truppen besetzten Gebiete liegen, ist beschränkt auf Briefe und Pakete an Kriegsgefangene, Zeitungen die vom britischen Militär-Gouverneur b. f. o. s. genehmigt sind, Briefe, die wichtige geschäftliche oder dringende Privatangelegenheiten betreffen. Diese Briefe müssen, falls sie in nicht besetzte Gebiete Deutschlands gelangen sollen, dem Bürgermeister oder einem sonstigen zur Annahme berechtigten Gemeindebeamten vorgelegt und von diesem die Dringlichkeit gestempelt werden. Pakete müssen so verpackt sein, daß solche leicht untersucht werden können. Alle Postsendungen müssen deutlich die Adresse des Absenders tragen. Briefe dürfen nur in englischer, französischer, italienischer, spanischer oder hochdeutscher Sprache geschrieben sein und sollen möglichst kurz abgefaßt werden. Der Gebrauch von Abkürzungen, Geheimschriften, geheime Tinten, sind verboten, desgleichen jede Bezugnahme auf militärische Angelegenheiten. Pakete dürfen schriftliche Mitteilungen nicht beigefügt werden. Postsendungen, die gegen obengenannte Bestimmungen verstoßen, werden beschlagnahmt und unter Umständen vernichtet. Zuwiderhandlungen ziehen auch Strafen nach sich.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Becher, Brühl.
Druck und Verlag: Peter Becher, Brühl.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen der Stadt Brühl aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Monat Dezember 1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben auf dem Rathause Brühl-Stadt, Zimmer 7, mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht auf Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.).

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände unterliegen auch diejenigen Personen usw. bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte unwissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 400 Mk. bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar. Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordscheine zu verwenden. Sie können nur dem Rathause Brühl-Stadt, Zimmer 7, kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordscheine zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen. Diese Steuerpflichtigen haben vielmehr künftig die Erklärung über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte jeden Monats im Laufe des ihm folgenden Kalendermonats unaufgefordert abzugeben.

Brühl, den 27. Dezember 1918.

Tück, Bürgermeister.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen der Stadt Brühl aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatz-

steueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben auf dem Rathause Brühl-Stadt, Zimmer 7, mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte im ganzen Kalenderjahre 1918 nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommenen Steuerbefreiung ist jedoch erwünscht. In der Steuererklärung ist anzugeben, wieviel von den Entgelten auf die Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Dezember 1918 entfällt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte unwissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordscheine zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordscheine zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Brühl, 27. Dezember 1918.

Tück, Bürgermeister.

Kriegergedenktafel.

2. Liste Beiträge	Weitere Gaben:	Summe
Maria Albed		5,-
Ungeannt		20,-
Ungeannt		20,-
Chel Anton Feuer		15,-
Ungeannt		2,-
Ungeannt		14,-
Thaballa Martini		20,-
Karl Martini		50,-
Jacob Hochoppler		10,-
Alf. Dohmen		20,-
Franz Max. Gartenstr.		5,-
Heinrich Kerber		10,-
Hilbert Reifferscheidt		10,-
Corian Wohl		2,-
Ungeannt		10,-
Ungeannt		1,-
Ungeannt		5,-
Peter Föhr		5,-
Familie Westenberg		10,-
Familie Klein		10,-
Franz Bue. Altenbach		3,-
Leonh. Lausberg		15,-
Ignaz Dleszowski		5,-
Ungeannt		2,-
Anton Kahr		3,-
Ungeannt		20,-
Fritz Peil		5,-
Ungeannt		10,-
Christian Brand		20,-
Ungeannt		10,-
Ww. Jos. Nießen		20,-
Martin. Wegschneider		1,-
Ww. Schmüngen		50,-
Geb. Juliat. Geuer		10,-
Evart. Reifferscheidt		5,-
Ww. J. R. Reifferscheidt		6,-
Gef. w. Grüne		
Summe		1434,-

Allen Geborn herzlichsten Dank
Brühl, den 11. Januar 1919. W. R. Rortram.



Ein großer Transport

Kafel- und junge Schweine

eingebracht. Verkauft dieselben zu den billigsten Tagespreisen in den Stallungen von

Jean Flau, Köln-Ehrenfeld

Stammstraße 4.

Tel. N 3267.

Peter Winkels Poulheim

Mehrere tüchtige

Oberheizer

für unsern Dampfkesselbetrieb sofort gesucht.
Geeignete Bewerber, die sich durch langjährige Zeugnisse an ähnlichen Stellen ausweisen können wollen sich melden an die Betriebsleitung

Goldenberg-Werk R. W. E.

Knapsack Bez. Köln.

Bekanntmachung.

Polizeiliche Anordnung betreffend Fahrzeugverkehrs-kontrolle. Alle Fahrzeuge betreffend

1. Fahrzeuge jeder Art müssen möglichst nahe auf der rechten Straßenseite fahren. Selbstige dürfen sich in Städten auf Hauptverkehrsstraßen oder an Brücken nicht aufstellen. Sollte ein Haltmachen an einer Hauptdurchfahrt unvermeidlich sein, so muß aus dem Wege gefahren oder das Fahrzeug in eine Nebenstraße zurückgenommen werden. Fahrzeuge dürfen an keinen Straßeneinkreuzungen oder Straßenverbindungen halten, ebensowenig dürfen sich dieselben an Hauptdurchfahrtsstellen selbst überlassen bleiben.

2. Sollte ein Fahrzeug ein anderes überholen, so muß das überholende Fahrzeug einem entgegenkommenden Fahrzeug Platz machen. Motorfahrzeuge, welche sich auf einer Hauptstraße bewegen, haben das Vorrecht von solchen, die sich aus einer Nebenstraße nähern.

3. Sobald sich Fahrer von Fahrzeugen der Verkehrs-kontrolle nähern, haben sie diesen die einzuschlagende Richtung anzugeben.

4. Schnellfahrende Fahrzeuge haben bei durchziehenden Truppen langsam an fahren und auf die Truppen in jeder Beziehung Rücksicht zu nehmen

Höchstgeschwindigkeit.

5. Die Höchstgeschwindigkeit von Wagen wird auf 16 Kilometer in der Stunde herabgesetzt, in der Nähe durchpassierender Truppen oder wenn Städte durchfahren werden, muß sie geringer sein.

Kraftwagen.

6. Gleichermaßen wird die Höchstgeschwindigkeit von Kraftwagen auf 10 Kilometer in der Stunde herabgesetzt; bei durchpassierenden Truppen, oder beim durchfahren von Städten oder wenn eine Störung im Verkehr eingetreten ist, muß sie geringer sein.

7. Motorwagen oder Pferdebesten müssen den Kraftwagen Platz machen und ihnen die Mitte der Straße überlassen.

Pferdebesten.

8. Pferdebesten irgend welcher Art müssen möglichst nahe auf der rechten Seite fahren, die Fuhrleute dürfen, wenn sie halten, nicht in den Straßen stehen bleiben.

Fuhrwerke von Zivilpersonen.

9. Für den Fall, daß Fuhrwerke von Zivilpersonen mit militärischen Truppenbewegungen zusammenstießen sollten, so dürfen sie nicht in das Verkehrsfeld fahren, oder auf Straßen begeben, welche für militärische Truppenbewegungen benutzt werden. Sollten sie sich jedoch während solcher Truppenbewegungen auf solchen Straßen befinden, so müssen sie entweder nach einer Seite ausweichen und halten oder sich auf einen freien Platz begeben.

Parallelfahrt.

10. Zwei Fahrzeuge dürfen nicht gleichzeitig in derselben Richtung zusammen nebeneinanderfahren

11. Fahrzeuge dürfen nicht verfahren, andere in derselben Richtung zu überholen, wenn ein anderer Wagenstrom sich in der entgegengesetzten Seite nähert.

Zusammenstellung von Fahrzeugen.

12. Fahrzeuge dürfen in keiner Weise aufgestellt werden, daß sie den offenen Weg oder die Seitenwege sperren.

13. Enge Straßen dürfen nicht zur Zusammenstellung von Fuhrwerken benutzt werden.

14. Wenn Fuhrwerke in einer Straße zusammengestellt werden, so müssen solche beständig die schlechtere Seite und nicht die bessere einnehmen, damit der bessere Teil für den andern Verkehr frei bleibt. Sie dürfen niemals in der Nähe von Straßeneinkreuzungen oder Straßenbiegungen aufgestellt werden.

Beleuchtung.

15. Alle Motorfahrzeuge müssen eine Stunde nach Sonnenuntergang beleuchtet werden.

Kontrollposten und Verkehrspatrouillen.

16. Alle Fahrzeuge haben sich den Anordnungen der Kontrollbeamten und Verkehrspatrouillen zu fügen.

17. Jede willkürliche Handlungsweise gegen die Anweisung der kontrollierenden Posten wird als Verstoß angesehen und hat der Schuldige schwere Strafen zu bezeugen.

18. Diese Anordnungen sind allen Beteiligten bekannt zu geben.

Strafbare Handlungen.

19. Die Polizei ist verpflichtet, strengen Gehorsam betreffs der Fahrzeugverkehrs-vorschriften zu erzwingen. Mit der genauen Verkehrs-kontrolle können alle Beteiligten nur dadurch vertraut werden, daß jede Übertretung vorstehender Bestimmungen sofort bestraft wird.

Köln, den 24. Dezember 1918

P. R. Laurie Colonel
D. P. M. II. Army

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die von der Britischen Militärverwaltung in Köln erlassenen Bestimmungen haben auch für Brühl-Stadt u. Land Gültigkeit.

Brühl, den 7. Januar 1919

Die Polizeiverwaltung
Der Bürgermeister von Brühl-Stadt. J. V. Köllgen u. Brühl-Land: Dohr.

Deutsche Volkspartei.

Ortsgruppe Brühl.

Einladung zur

Wahlversammlung

am Mittwoch 15. Januar 1919 nachmittags 5 1/2 Uhr,
in Brühl Gasthof zur Krone

Hedner Dr. jur. Max Grimann: Die Ziele der deutschen Volkspartei und ihre Stellung zur heutigen Lage.

Die Mitglieder und Anhänger, Männer, wie Frauen werden um zahlreichen Besuch gebeten.

Der vorläufige Arbeits-Ausschuß
Halske, Gröhl, Bauer.

Ausgabe von neuen Fleischkarten.

Gegen Vorlage der Hausstands-karten findet am Mittwoch, den 15. und Donnerstag, den 16. Januar 1919 nachmittags von 2 bis 1/2 Uhr auf dem Rathaus Zimmer 4 die Ausgabe der neuen Fleischkarten statt und zwar am Mittwoch für die Straßen: Böningerstraße, Bohle, Bonner, Fischmarkt, Gölthstraße, Grube Brühl, Klemens-Auguststraße, Kläberstraße, Maria Glück, Pehle, Pingsdorfstraße, Römerstraße, Rodderweg, Schillerstraße, Tiergartenstraße, Wehrbachs-
weg, Hermannstraße, Mollstraße, Mühlstraße, Wallstraße.

Donnerstag für die Straßen: Auguste-Viktoria, Friedrichstraße, Heinrich-Eiser, Hospitalstraße, Kaiserstraße, Kempischstraße, Klen-
tenstraße, Kirchstraße, Konigsstraße, Markt, Pastoratstraße, Rod-
dergrube, Schloßstraße, Schützenstraße, Steinweg, Bahnhof, Bahn-
hofstraße, Bergerstraße, Burgstraße, Comeststraße, Falkenlustallee,
Franzstraße, Gartenstraße, Köhlstraße, Kurfürstenstraße, Kan-
genaderstraße, Mayersweg, Park, Palmersdorferhof, Peterstraße,
Rheinstraße, Rönndorferstraße, Schildesstraße, Wilhelmstraße, Zucker-
fabrik, Vöchemerstraße.

Ohne Vorlegung der Hausstands-karten können neue Karten nicht verabfolgt werden.
Brühl-Stadt, 15. Januar 1919.

Der Bürgermeister J. V. Köllgen.

Gewerbliche Fortbildungsschule.

Der Unterricht an der gewerblichen Fortbildungsschule wird morgen, Mittwoch, den 15. Januar um 4 Uhr nachmittags wieder auf-
genommen. Sämtliche Schüler haben pünktlich zu erscheinen. Alle bisherigen Beurlaubungen sind aufgehoben.

Brühl, den 14. Januar 1919.
Der Bürgermeister Lück.

Verkehr mit Kartoffeln.

Die Verordnung über den Verkehr mit Kar-
toffeln vom 13. Oktober 1918 für den Kreis
Cöln-Land wird in § 4 wie folgt, abgeändert:

Der Kartoffelverbrauch der Versorgungsbere-
chtigten darf nicht mehr als fünf Pfund wöchent-
lich pro Kopf betragen.

Vorstehende Verordnung tritt am 20. Januar
1919 in Kraft.

Cöln, den 11. Januar 1919.

Namens des Kreis-Ausschusses
des Kreises Cöln-Land

Der Vorsitzende: Minten, Landrat.

Local für Elektrotechnisches Büro

in Verkehrsstr. Brühl gesucht. Angebot
zu richten an

Carl Clever Elektr. Geschäft. Köln/Rhein
Hohenzollernring 50. Fernr. A 7767 u. A 7768

Zimmerleute Schreiner Arbeiter

für Bahnbau gesucht.

Zu melden:
in der Nähe des Bahnüberganges
Chaussee Liblar-Brühl.

Peter Riese & Co. G. m. b. H.

Hoch- u. Tiefbau-Unternehmung,
Cöln, Lechenicherstrasse 20

Kraftiger propeter

Junge gesucht

Bäckerei Carl, Rierberg

Mädchen für gan-

zogen oder

halben Tag gesucht.

Zu erfragen in der Gesch.

Tüchtiger Mädchen

günstig et hohem Lohn.

Wo sagt die Geschäftsstelle

Porte Stundenfrau

oder Mädchen gesucht.

Mittag- u. Abend-
früher 52.

Mädchen für gan-

zogen oder

halben Tag gesucht.

Wo sagt die Geschäftsstelle

Mittag- u. Abend-
früher 52.

Wo sagt die Geschäftsstelle

Wo sagt die Geschäftsstelle

Mehrere schwere
Pferde
und Plateauwagen
stehen billig zu verkaufen.
Willy R. H. Brühl, Cöln,
Bantleensmühlengasse 29

Empfehle eine große Aus-
wahl prima (amer. u. l. ch.)
Arbeitspferde
sowie gute
Wagenpferde, Ponys
und Doppelponys.
Adolf Käß,
Köln
Stallung: Duhnsstraße 39
Fernsprecher A 3162

Junger Stier
Gef
zu kaufen gesucht.
Wo sagt die Geschäftsstelle.

Prima
Pferde-
fleisch
empfehlen
Th. Wassong,
29 Wallstr. 29

Morgen, Mittwoch wird
Pferdefleisch
verkauft.
Rikol. Sammer & Söhne

Mehrere prima
schwere Pferde
belg. Schläge, sowie
gute Rassepferde
bieten an
Gebrüder Käß
Köln Bayenthal, Rönne 1284
Telefon A 4924

schöner Dobbermann
männl. (nicht zu jung), zu
kaufen gesucht.
Wo a t bi Geschäftsstelle.

Lo Pelz-Reparatur
u. Umarbeitung empfohlen
sich Glähen Form d
Schloßstr. 13
Alle Sorten selbst angefertigt

Haarnetze
von garantiert echtem Haar
billig zu haben.
Kölnstraße 88.

Von der Reise zurück.
Haut-, Geschlechts-, Unter-
leibskrankheiten, Nervenschwäche
Fach-Arzt Dr. Kleyn
Köln, 8 Mohrenstrasse 8.

Wer
Da lehren, Hypotheken.
Teilhaber, Beteiligung
Betriebskapital u. w
sucht,

wer
flüssige Gelder aus-
bringend anlegen
will,

Leonh. Klein
Geldgeschäfte
Köln, Gladbachstraße 5
Telephon B 2966
Drahtad; Geldkantor.

Ankauf von
Kriegsanleihe.

Zwangsversteigerung.
Am Mittwoch, den 15. Ja-
nuar 1919, vormittags 11
Uhr werden im Wirtshaus
Kraus am „Zur Krone“ in
Brühl versteigert:
1 Bettkoffer, 1 Wasch-
kommode.
März,
Gerichtsvollzieher in Brühl.

2 Zimmer
in Schwabach
zu vermieten an alleinsteh.
Mann od auch alt. Ehe-
paar. 2 riefen mit M. D.
8382 an die Geschäftsstelle.

Möbl. Zimmer
zu vermieten.
Wo sagt die Geschäftsstelle.

2 schöne
Zimmer
an ruhige Leute zu vermie-
ten. Wo sagt die Gesch.

Möbl. Zimmer
mit Pension zu vermieten.
Wirtshaus, Kraus am 4
Gut möbliertes

Zimmer
in d. Röhre zu vermieten
Wo sagt die Geschäftsstelle

Zimmer
zu vermieten. Pastoratstr. 17.

Ehepaar mit einem Kind
sucht für sofort eine
2-Zimmer-Wohnung
mit Zubehör zu mieten.
Schulz, Kempischstr. 29.

10-15 000 Mark
vom Selbsterbeber auf gute
l. Hypothek auszuliehen
Offerten unter A. R. 8381
an die Geschäftsstelle.

120 Lehrlinge
finden Oren 1919 in Hand-
werkstehre unterzubringen.
Wirtshaus, Kraus am 4
Wohnung zur Ausbildung von
Lehrlingen zu richten an
das Städtische Waisen-
haus in Cöln, Südgürtel
41, Post Kleinberg

Bum
Beischreiben
der Bücher, Einbandung
der Bücher, sowie für alle
schriftl. Arbeiten empf. hlt
sich durchaus gut empf. hlt
Kaufmann
Wo a t bi Geschäftsstelle

Lehrling
aus
Familie und mit guten
Schulzeugnissen u. Oren
sch. t. Gerh. Klein.
Schneidermeister, Au 18.
Wünscht für sofort einen
Lehrling

Fuhrfuecht.
Kölnstr. 176.

Unterricht und Nachhilfe in
Latein
und allen Fächern d. s. Gym-
nasiums, wemischschl. St-
entium erweist A. a. emier
Wo a t bi Geschäftsstelle.

Für sofort ein junger
Mann mit flotter Sie-
no, rapie und
Schreibmaschine gesucht.
Offerten unter M. D. 8390
an die Geschäftsstelle.

Euch f. wemischschl. Aus-
halt 3 Personen ein saube-
res williges

Alleinmädchen.
Nur solche wollen sich mel-
den, welche schon in b. f. ren
Küchen gedient hat, zum
1. Februar gesucht. Keine
Mädchen. Wo sagt die Gesch.

Reed!
Rath. Wirtshaus mit gutem
Einkommen, 46 Jahre. sucht
die Bekanntschaft einer Al-
teren a. b. Person od. Wm.,
welche 2-3 zu Kindern hat,
wemisch baldiger Petrat.
Wirtshaus, Kraus am 4
8380 an die Geschäftsstelle.

Streng reed!
Junges, fleißig, fleißig. Hand-
werker, Anfangs 50er, sucht
die Bekanntschaft eines Al-
ten od. Wm. ohne
Anhang. A. a. Wirtshaus
8385 an die Geschäftsstelle.